AMAZONIEN UND DIE REGIERUNG BOLSONARO

ZERSTÖRUNG UND WIDERSTAND

THOMAS FATHEUER

fdcl
Forschungs- und
Dokumentationszentrum
Chile- Lateinamerika e.V.

Herausgegeben von:
Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika e. V. – FDCL
Gneisenaustraße 2a,
D -10961 Berlin
Fon: +49 30 693 40 29 | E-Mail: info@fdcl.org
Internet: www.fdcl.org

Autor: Thomas Fatheuer
Lektorat: Jan Dunkhorst
Titelbild: Mauricio Torres (mit Genehmigung des Fotografen, bei dem alle Rechte liegen)
Layout: Ingrid Navarrete | www.ingrid-navarrete.de
Druck: Druckzuck GmbH | Reichenberger Str. 124, 10999 Berlin
Redaktionsschluss: 15.12.2020
V.i.S.d.P.: Jan Dunkhorst / FDCL e.V.

Gefördert von Engagement Global im Auftrag des BMZ und mit freundlicher Unterstützung der LEZ Berlin.

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein das FDCL e.V. verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben weder den Standpunkt von Engagement Global gGmbH und des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung noch der LEZ Berlin wieder.

Diese Broschüre ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung – Nicht-kommerziell – Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 International Lizenz
(CC BY-NC-SA 4.0).

©FDCL-Verlag Berlin, 2020. ISBN: 978-3-923020-96-6

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort 4

1. Die Zerstörung geht weiter: Entwaldung auf Rekordhöhe - Ein aktueller Überblick 5

2. Amazonien im Fokus: Schlaglichter auf spezifische Aspekte 8

- Angriff auf die indigenen Territorien 8
- Die neue Rolle der Militärs 10
- Rettung durch das Agrobusiness? 12
- Der große Landraub 15

3. Widerstand und Perspektiven 17

VORWORT

Im europäischen Sommer 2019 schockierten die Bilder des brennenden Regenwaldes Amazoniens die Welt. Und auch wenn im seit Anfang 2020 die Corona Pandemie alles in den Hintergrund drängte, geht die Zerstörung weiter. Der brennende Regenwald wird längst als globales Problem wahrgenommen, denn ohne die Eindämmung der Entwaldung sind die Klimaziele des Pariser Abkommens genauso wenig zu erreichen wie die Erhaltung der globalen Biodiversität.

Der größte Teil des Amazonaswaldes befindet sich in Brasilien - und wird damit von einer der problematischsten Regierungen der Welt verwaltet: der Regierung des rechtsradikalen Präsidenten Bolsonaro. Aber – auch das ist inzwischen allgemein bekannt - der Amazonas brennt, um Viehweiden und Sojafelder anzulegen. Dies dient nicht der Ernährung der lokalen Bevölkerung, sondern dem Exporte in die urbanen Zentren Brasiliens und in das Ausland. Die Entwaldung ist mit den internationalen Handelsströmen genauso verknüpft wie mit der der Aneignung von Land in Brasilien.

Ende 2017 und Anfang 2019 hat der Autor dieser Publikation in zwei Veröffentlichungen versucht, einen Überblick zu den Ursachen und der Dynamik der Entwaldung zu geben und die Strategien, selbige einzudämmen, zu beleuchten: das Dossier Amazonien: *Entwaldung „Entwicklung"* und *Widerstand* wurde vom FDCL veröffentlicht und Amazonien heute von der Heinrich-Böll-Stiftung. Die hier vorliegende Publikation baut auf diese auf und aktualisiert sie. Der Schwerpunkt liegt auf den Entwicklungen in Brasilien und einer Bilanz der Folgen der ersten zwei Jahre der Regierung Bolsonaro für Amazonien. Spezifische Aspekte werden dabei in den Blick genommen, andere wichtige Themen aber nicht oder nur am Rande behandelt. Dies gilt bspw. für das EU-Mercosur Abkommen, zu dessen absehbaren Auswirkungen mittlerweile einige gute Publikationen vorliegen. Hervorgehoben sei hier die von Misereor herausgegebene Studie: *Das EU-Mercosur - Abkommen auf dem Prüfstand. Soziale Ökologische und menschenrechtliche Konsequenzen*. Einen allgemeinen Überblick zur Regierung Bolsonaro mit einem besonderen Schwerpunkt auf der Rolle der deutschen Wirtschaft gibt die vom FDCL und der Rosa-Luxemburg-Stiftung veröffentlichte Studie: *Extraktivismus und Territorialkonflikte in Brasilien. Deutsch – Brasilianische Beziehungen auf dem Prüfstand*.[1] 2020 hat Amazon Watch zusammen mit der *Articulação dos Povos Indígenas do Brasil* - APIB ein wichtiges Dossier (auf englisch und portugiesisch) zur Rolle internationaler Investitionen bei der Zerstörung Amazoniens veröffentlicht.

1 Die erwähnten Publikationen sind hier einsehbar:
https://www.boell.de/sites/default/files/amazonien_heute_kommentierbar.pdf?dimension1=division_la
https://www.fdcl.org/publication/2018-11-25-amazonien-entwaldung-entwicklung-und-widerstand/
https://www.misereor.de/fileadmin/publikationen/Studie_MERCOSUR_Misereor.pdf
https://www.fdcl.org/wp-content/uploads/2020/11/Extraktivismus_und_Territorialkonflikte_in_Brasilien.pdf
https://amazonwatch.org/news/2020/1027-complicity-in-destruction-iii

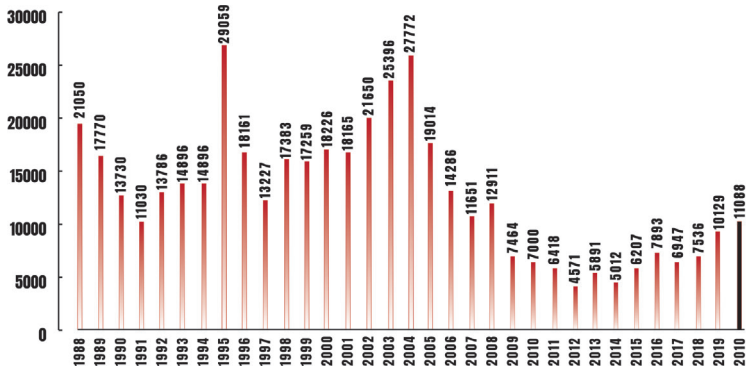
1. DIE ZERSTÖRUNG GEHT WEITER: ENTWALDUNG AUF REKORDHÖHE - EIN AKTUELLER ÜBERBLICK

Die Fotos im Text stammen von Marise Gomes Maués, einer Fotografin aus Belém, Pará. Sie zeigen Szenen rund um das Acai, einer Palmfrucht, derer Nutzung in den indigenen Kulturen eine große Rolle spielt und die bis heute ein Grundnahrungsmittel der Bevölkerung Amazoniens ist. Acai wird immer noch nach traditionellen Methoden geerntet und verarbeitet. | Verwendung der Fotos mit freundlicher Genehmigung der Fotografin, bei der alle Rechte liegen.

Es war keine Überraschung als das brasilianische Nationale Institut für Weltraumforschung, INPE, im November 2020, nach dem drastischen Anstieg in den Jahren 2018/19, einen neuen Anstieg der Entwaldung für die Jahre 2019/20 verkündete. 11.088 km² sind in Amazonien großflächig entwaldet worden. Dies entspricht einer Zunahme der Entwaldung von 9,5 Prozent gegenüber 2018/19.[2] Die von INPE im Rahmen des Überwachungssystems für die Entwaldung, PRODES, erhobenen Zahlen beziehen sich immer auf den Zeittraum von August bis Juli. Trotz vereinzelter Kritik an der Methodologie und der Tatsache, dass nicht alle Waldschädigungen erfasst werden, gelten die Erhebungen von INPE als wissenschaftlich seriös. Als offizielle brasilianische Zahlen geben sie – jenseits aller Detailfragen – einen zuverlässigen Überblick über die Dynamik der Entwaldung.

Der Befund ist eindeutig: Die Rate der Entwaldung steigt unaufhörlich. Das ist besonders dramatisch, weil nun nicht mehr zu leugnen ist, dass eine lange Periode zu Ende gegangen ist, in der die Entwaldungsraten gesunken sind. Zwischen 2005 und 2012 gelang es der brasilianischen Regierung durch energische Maßnahmen und einen strategischen Plan, die Entwaldung deutlich zu reduzieren. Seitdem hat sie jedoch wieder zugenommen: Konnten die Zahlen zunächst noch als Schwankungen interpretiert und relativiert werden, ist nun eine klare Tendenz des Anstiegs zu verzeichnen, denn das Ausmaß der Entwaldung liegt in den letzten beiden Jahren deutlich über dem der Jahre davor. Die Entwaldung ist nun höher als in 2009.

Und noch etwas hat sich fundamental verändert. Die seit Januar 2019 amtierende Regierung Bolsonaro zählt die Bekämpfung von Entwaldung nicht mehr zu ihren Zielen. Zwar lassen sich einige Lippenbekenntnisse, insbesondere von Seiten der Militärs, ausmachen, die nach wie vor Entwaldung als Problem sehen, aber der Tenor der Regierung ist ein anderer. Das Problem wird verharmlost oder als Verleumdung Brasiliens abgetan. Das zivil-



Entwicklung der Entwaldung im brasilianischen Amazonasgebiet. Quelle: http://www.obt.inpe.br/OBT/noticias-obt-inpe/estimativa-de-desmatamento-por-corte-raso-na-amazonia-legal-para-2020-e-de-11-088-km2/NotaTecnica_Estimativa_PRODES_2020.pdf

2 INPE - Instituto Nacional de Pesquisas Espaciais. Im Rahmen de Projekts PRODES überwacht INPE die Entwaldungsraten in Amazonien (Amazonia Legal). Trotz kritischer Äußerungen von Bolsonaro sind die seit 1988 erhoben Zahle von INPE weiterhin die offiziellen brasilianischen Zahlen. Die aktuelle Zahlen und weiterführende links finden sich hier: http://www.inpe.br/noticias/noticia.php?Cod_Noticia=5615

Nicht nur Kahlschlag - Waldschäden im Fokus

Die Zahlen von INPE informieren relativ zuverlässig über großflächige Entwaldung, die auf Satellitenbildern zu erkennen ist. Erheblich schwierigen ist es, die Schädigungen des Waldes (international als *forest degradation* bezeichnet) zu erkennen und zu quantifizieren. Im Jahre 2020 erschien nun eine bahnbrechende Studie, die versucht die *degradation* über eine längeren Zeitraum (1992 bis 2014) zu erfassen. Die Ergebnisse sind erschreckend: Im untersuchten Zeitraum wurde eine Fläche von 337.427 km² als degradiert eingestuft. Das ist etwas mehr als die Fläche, die im gleichen Zeitraum entwaldet wurden (308.322 km²). 10% des Waldes in Amazonien sind davon betroffen. Holzeinschlag und Bodenfeuer wurden in der Studie als die wichtigsten Verursacher der *degradation* identifiziert. Laut der Studie ist degradation auch in weiter entlegenen Gebieten zu beobachten. Holzeinschlag ist also nicht immer die erste Stufe eines anschließenden Kahlschlags wie oftmals angenommen wird. Wichtig ist die Feststellung der Studie, dass *degradation* in einem Zeitraum um 270% zugenommen hat, in dem die Entwaldung in der Gesamtbilanz zurückgegangen ist.

Eine gute Zusammenfassung der Studie findet sich bei Mongabay:
https://brasil.mongabay.com/2020/10/degradacao-supera-desmatamento-na-amazonia/
Und mit zahlreichen Grafiken:
https://www1.folha.uol.com.br/ambiente/2020/09/degradacao-florestal-supera-desmatamento-na-amazonia-mostra-pesquisa.shtml
Die Studie selbst findet sich hier:
Matricardi, E. A. T., Skole, D. L., Costa, O. B., Pedlowski, M. A., Samek, J. H., & Miguel, E. P. (2020). Long-term forest degradation surpasses deforestation in the Brazilian Amazon. Science, 369 (6509), 1378-1382.

gesellschaftliche Observatório do Clima hat daher die hohen Entwaldungszahlen als einen „Erfolg" der Strategie der Regierung Bolsonaro bezeichnet.[3] War ein Anstieg von Entwaldung vorher eher ein Indikator dafür, dass Ziele nicht erreicht wurden, so kann jetzt gesagt werden, dass dies die logische und sicherlich zumindest teilweise intendierte Folge von Regierungshandeln ist. Die systematische Demontage der Institutionen, die für die Umwelt zuständig sind (IBAMA und ICMBio)[4], das Austrocknen ihrer Finanzen, eine Personalpolitik, die Engagement bestraft, zeigen Wirkung. Dies gilt ebenso für die Angriffe auf die Gesetzgebung, die allerdings nur teilweise erfolgreich waren, und die entfesselte Rhetorik insbesondere des Präsidenten, der vom „Scheiß Baum" (*a porra da arvore*) spricht, die Umweltbehörden frontal angreift und damit diejenigen, die das Feuer legen, ermutigt.
Mit den aktuellen Zahlen ist nun auch klar, dass Brasilien sein selbstgesetztes Ziel zur Reduzierung von Entwaldung im Rahmen

Nicht nur Regenwald: Zerstörung im Pantanal und Cerrado

Die Biome Brasiliens | Quelle: By Brazil Travel - http://www.braziltourstravel.com/biomes.png, CC BY-SA 4.0

Die zitierten Zahlen des INPE, die auch im internationalen Fokus stehen, beziehen sich auf die Entwaldung der Region, die als *Amazonia Legal* definiert ist. Der grösste Teil dieser Entwaldung betrifft den Regenwald. In den letzten Jahren ist aber auch deutlich geworden, dass sich Entwaldung auch außerhalb des Amazonasgebiets ausdehnt, vor allem in der Region, die als *Cerrado* (Baumsteppe) bezeichnet wird. Nach Erhebung des INPE (Projekt MapBiomas) wurden zwischen August 2019 und Juli 2020 im Cerrado 7.300 km² entwaldet. Dies bedeutet einen Anstieg von 12,3 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Schwerpunkt der Entwaldung ist eine Region, die als *Matopiba* bezeichnet wird, nach den Bundesstaaten Maranhão, Tocantins, Piauí und Bahia, in denen sich die Region befindet. Hier ist die zur Zeit dynamischste Agrargrenze Brasiliens - die Entwaldung istoffensichtlich mit der Ausbreitung des Sojaanbaus und der Viehzucht verbunden. Nachden Daten von MapBiomas sind etwa 95 Prozent der beobachteten Enwaldungen illegal.

Eine übersichtliche Darstellung der aktuellen Zahlen ist hier einzusehen:
https://www.dw.com/pt-br/desmatamento-no-cerrado-volta-a-crescer-em-2020/a-56016083
Mehr Informationen zu *Matopiba* und der Rolle (auch) deutscher Investitionen:
https://www.fian.de/fallarbeit/matopibabrasilien/

Waren es 2019 die Bilder des brennenden Regenwaldes, die um die Welt gingen, schockierten 2020 die Bilder aus dem *Pantanal*, eines der größten und artenreichsten Feuchtgebiete der Welt. Unvorstellbare 23.000 km² gingen in Flammen auf, etwa 17 Prozent der gesamten Fläche. Zwischen 2000 und 2010 verlor das Gebiet nur insgesamt 2.100 km². Nach Angabe von IBAMA wurden 98 Prozent der Brände im Jahr 2020 durch Menschen gelegt, die anschließende Ausbreitung der Feuer wurde jedoch durch anhaltende Trockenheit verursacht.

3 http://www.observatoriodoclima.eco.br/plano-de-bolsonaro-funciona-e-desmatamento-tem-nova-alta/

4 Das Instituto Chico Mendes de Conservação da Biodiversidade (ICMBio) ist für die Naturschutzgebiete zuständig, IBAMA (Instituto Brasileiro do Meio Ambiente e dos Recursos Naturais Renováveisd) für die Überwachung der Umweltgesetzgebung. Beide unterstehen dem Umweltministerium.

seiner Klimapolitik nicht erreichen kann. Die nationale Klimapolitik sieht eine Reduzierung Entwaldungsrate auf 3.925 km² für 2020 vor. Aktuell liegt Brasilien 180 Prozent über dem selbst verkündeten Ziel. Brasilien entfernt sich damit immer mehr von der Möglichkeit, seinen Verpflichtungen im Rahmen des Pariser Abkommens nachzukommen. Die Reduzierung von Emissionen hängt weitgehend von der Reduktion der Emissionen aus Entwaldung ab. Etwa 40 Prozent der brasilianischen CO_2 Emissionen stammen aus Entwaldung.[5]

Die Vorstellung der Zahlen für 2019/20 wurde von Vizepräsident Mourão geleitet, der damit seinen Anspruch untermauerte, die Federführung für die Amazonaspolitik einzunehmen. Normalerweise werden die Zahlen vom Umweltministerium vorgestellt. Der aktuelle Minister Ricardo Salles war diesmal nicht einmal anwesend. Mourão versuchte wenigstens nicht die Zahlen zu leugnen und INPE zu diskreditieren, aber es gelang ihm, etwa Positives zu entdecken: „Wir können die Tendenz zu einer Verringerung erkennen." Denn statt der befürchteten 20 Prozent stieg die Entwaldung nur um 9,5 Prozent gegenüber der vorherigen Periode.

Aber Mourão wies mit vollem Recht auf ein Charakteristikum der aktuellen Entwaldung hin: 30 Prozent der Entwaldung finden in *terras públicas* statt, also auf öffentlichem Land, für das es keine anerkannten Landtitel gibt. Dies bezeichnete er als ein „großes Problem, die himmelschreiendste von allen Illegalitäten, die bekämpft werden müssen". Mourão legt damit den Finger in die offene Wunde der Entwaldung: sie ist Teil einer gigantischen Aneignung von Land - es geht um Landraub.[6]

Ein andere Tendenz, die 2020 sichtbar wurde, ist der Anstieg der Entwaldung in indigenen Gebieten und Schutzgebieten. Nach Erhebungen von Greenpeace hat die Entwaldung in indigenen Gebieten von Januar bis April 2020 um 64 Prozent zugenommen[7]. Die Zahl ist alarmierend und korrespondiert mit den vorgestellten Zahlen der Regierung. Denn fast 50% der Entwaldung geht auf das Konto eines Bundesstaates: Pará. Und hier werden besonders viele Konflikte um indigene Territorien und Schutzgebiete registriert.

Auf **diese beiden zentralen Aspekte der Entwaldung – Landraub und Invasion indigener Territorien** – wird im Folgenden in zwei Kapiteln ausführlicher eingegangen.

FAQ zum Amazonas-Regenwald

Kann Regenwald überhaupt brennen?
Ja, da ist sich die Forschung einig - und widersprecht damit Bolsonaro, der dies bezweifelte. Auch in Amazonien gibt es eine trockenere Periode (in der Regel von April bis Ende Oktober) und in dieser Zeitspanne nehmen die Brände zu.,

Können die Feuer auch natürliche Ursachen haben?
Wissenschaftler*innen haben in der letzten Jahre Anstrengungen unternommen, Feuer zu entdämonisieren. Tatsächlich sind natürliche Feuer Teil der Dynamik der Entwicklung von Ökosystemen. Das gilt aber nicht für den tropischen Regenwald - oder nur marginal. Für die letzten Jahre sind sich die Forscher*innen jedenfalls einig: die Feuer sind Menschenwerk.

Sind die Brände 2019/20 schon ein Folge der Klimaveränderung?
Das lässt sich so nicht verifizieren. 2019 war kein extrem trockenes Jahr. Es war nicht das Klima, das die Brände im amazonischen Regenwald begünstigte, sondern die politischen Rahmensetzungen. Die immensen Brände im Pantanal im Jahre 2020 haben hingegen zumindest einen Grund in der extremen Trockenheit dieses Jahres.

Werden Feuer gelegt, um zu entwalden?
Nicht primär. Entwaldung geht in der Regel den Feuern voraus. Eine Studie des nicht-staatlichen Amazonas-Umweltforschungsinstituts IPAM (*Instituto de Pesquisa Ambiental da Amazônia*) zeigt, dass zwischen 2016 und 2019 etwa 64 Prozent der Feuer auf gerade entwaldeten oder bereits zu Viehweiden umgewandelten Flächen stattfand. Die Feuer dienen hier zur Konsolidierung der Entwaldung, also die Flächen waldfrei zu halten. Aber diese Feuer verursachen dann eben auch Brände im Regenwald, die als *incendio florestal* klassifiziert werden. Laut IPAM machten sie 2019 fast ein Drittel der Brände aus. Diese Zahl ist aber nicht unumstritten und weitere Studien sind erforderlich. Die IPAM-Studie findet sich hier:
https://ipam.org.br/fogo-em-area-recem-desmatada-na-amazonia-disparou-em-2019/

Kippt der Amazonas schon ?
Ein klares Nein – aber die Kipppunkt rückt näher. Die Annahme eines Punktes, an dem durch Veränderung ein Ökosystem umkippt und sich nicht mehr reproduzieren/stabilisieren kann, ist durch die Klimaforschung popularisiert worden. Da es sich auf die Zukunft bezieht, kann es sich nicht um ganz genaue Angaben handeln. In der Amazonasforschung geht man nun allgemein davon aus, dass der Kipppunkt bei einer Entwaldung von 20-25 Prozent erreicht werden könnte. Ältere Schätzungen lagen bei 40 Prozent. Zur Zeit sind etwa 17 Prozent des Amazonasgebiets entwaldet. Carlos Nobre, der wohl international renommierteste brasilianische Forscher, geht davon aus, dass ausgehend von den aktuellen Zahlen in etwa 15-30 Jahren der Kipppunkt erreicht werden könne.
Die Annahme von Kipppunkten sind als Warnungen wichtig, sie sollten aber nicht zu einem falschen Fatalismus führen. Oft verschwindet in der internationalen Wahrnehmung die Tatsache, dass noch sehr viel Wald (wenn auch nicht unversehrt) erhalten ist – insbesondere in Schutzgebieten und den Territorien der indigenen Völker. Es gibt noch Zeit und Perspektiven zu handeln!
Hier ein Interview mit Carlos Nobre: https://www.bbc.com/portuguese/brasil-50468611
Ein guter Überblick dazu: https://www.ecycle.com.br/component/content/article/63-meio-ambiente/8534-amazonia-atinge-ponto-de-nao-retorno-e-pode-virar-savana-alertam-cientistas.html

5 Zu den aktuelle Zahlen: https://br.reuters.com/article/ambiente-amazonia-desmatamento-carbono-idBRKBN27M2AB-OBRDN
6 Die Zitate finden sich hier : http://www.observatoriodoclima.eco.br/plano-de-bolsonaro-funciona-e-desmatamento-tem-nova-alta/
7 https://www.greenpeace.org/brasil/blog/desmatamento-em-terras-indigenas-aumenta-64-nos-primeiros-meses-de-2020/

2. AMAZONIEN IM FOKUS: SCHLAGLICHTER AUF SPEZIFISCHE ASPEKTE

Angriff auf die indigenen Territorien

Ein wichtiger Teil der Strategie zur Bekämpfung von Entwaldung, die sich nach 2005 als erfolgreich erwies, war die Ausweitung von Schutzgebieten und indigenen Territorien. Die Fläche der Schutzgebiete verdoppelte sich zwischen 2004 und 2014 fast und erreichte 113 Millionen Hektar, die Ausdehnung der indigenen Territorien wuchs um 10 Millionen Hektar. Etwa die Hälfte der Fläche Amazoniens sind damit Schutzgebiete.[8] Die aktuelle Dynamik der Entwaldung und der Kampf um die Zukunft Amazoniens ist immer auch eine Auseinandersetzung um Land, Territorien und den Lebensraum von indigenen Völkern und traditionellen Gemeinschaften. Die letzten Dekaden der Politik waren durch die wachsende Sichtbarkeit von sozialen Akteuren in Amazonien gekennzeichnet. Aus dem großen Wald mit indigener Bevölkerung wurde nach und nach ein viel dichterer sozialer Raum, eine große Diversität von Akteuren konnte sich konsolidieren. Kautschukzapfer*innen, Riberinhos/as (Flussrandbewohner*innen) und insbesondere die *comundades quilombolas* veränderten das Mosaik der sozialen Akteure. Aus marginalisierten Bevölkerungsgruppen, die vielfach nur als Reminiszenzen vergangener Zeiten gesehen wurden, die der Mahlstrom des Fortschrittes zum Verschwinden bringen werde, wurden soziale Akteure mit dem Anspruch auf Land. Dies ändert alles, denn **es geht um Land, um sehr viel Land: Damit wurde die territoriale Ordnung zum Kern des öko-sozialen Konfliktfeldes in Amazonien.**

Schutzgebiete und indigene Territorien (*Terras Indigenas* – TI) gehören zu den stereotypen Feindbildern der Regierung Bolsonaro. Dieser und General August Heleno (Chef des Sicherheitskabinetts) haben sich offen für die Revision der Demarkierung indigener Gebiete ausgesprochen und dabei besonderes Augenmerk auf die TI Raposa Serra do Sol gerichtet, einem der größten indigenen Gebiete an der Grenze zu Venezuela.[9] Vorwand sind angebliche Unregelmäßigkeiten im Prozess der Demarkierung. Derweil aber insbesondere die indigenen Territorien ein starke, durch die Verfassung garantierte rechtliche Absicherung haben, ist es der Regierung auch nach zwei Jahren nicht gelungen, die Anerkennung von Gebieten rückgängig zu machen. Gestoppt wird aber die Anerkennung neuer Gebiete. Dies trifft besonders hart die Gebiete, die sich erst im Prozess der Anerkennung befinden. 2019 wurden Titel für zwei Territorien, beide außerhalb Amazoniens, anerkannt, 2020 (bis Juni) kein einziger. Zudem sind die Haushaltsmittel für Titulierungen auf einen unbedeutenden Restbetrag geschrumpft, sie wurden um 93 Prozent reduziert.[10]

Dieses Vorgehen verweist auf die Grenzen der Macht der Regierung Bolsonaro: Für einen frontalen Angriff auf die rechtliche Basis der geschützten Gebiete fehlt sowohl eine Mehrheit im Parlament als auch eine bedingungslose Unterstützung durch das Justizsystems - sollte aber keineswegs zur Beruhigung oder Verharmlosung der Regierung Bolsonaro führen.

8 Die Angaben über die Ausdehnung der Schutzgebiete schwanken leicht je nach Quelle. Dies ändert aber nichts an deren eindrucksvollen Dimensionen. Die hier angeführten Zahlen stammen aus: http://climatepolicyinitiative.org/wp-content/uploads/2020/05/PB-Areas-Protegidas.pdf

9 https://agenciabrasil.ebc.com.br/politica/noticia/2019-08/ministro-defende-revisao-nas-demarcacoes-de-terras-indigenas

10 https://terradedireitos.org.br/noticias/noticias/no-atual-ritmo-brasil-levara-mil-anos-para-titular-todas-as-comunidades-quilombolas/23023 und: https://amazonia.org.br/2020/07/paralisacao-de-titulacoes-por-bolsonaro-dificulta-combate-a-covid-19-nos-quilombos/

Die aktuelle Situation ist durch folgende Tendenzen gekennzeichnet, die sich in allen Bereichen der brasilianischen Amazonaspolitik wiederfinden:

- **Keine Anerkennung neuer Schutzgebiete oder indigener Territorien**
- **Überprüfung und eventuell Revision bestehender Demarkierungen**
- **Radikale Reduzierung der Haushaltsmittel für Umwelt und die indigene Bevölkerung**
- **Demontage und Delegitimierung der staatliche Institutionen, die für Schutzgebiete und indigene Territorien zuständig sind**
- **Personalpolitik: engagierte Personen werden entlassen, insbesondere die Umweltbehörden in großem Umfang mit Militärs besetzt**
- **Untätigkeit gegenüber illegalen Invasionen und Landnahmen und verbale Ermutigung, diese vorzunehmen**

So sind die Ausgaben der FUNAI (*Fundação Nacional do Índio*), Brasiliens Behörde für die Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen mit Bezug zu indigenen Völkern, in den ersten fünf Monaten 2020 die geringsten in den letzten 10 Jahren.[11] Für die Kontrolle und Überwachung ist für das Jahr 2021 ein Betrag von gerade einmal 82,9 Millionen Reais vorgesehen, das entspricht 25 Prozent des Betrages des Jahres 2018 (Regierung Temer).[12] Die Angestellten der Umweltbehörden haben inzwischen ein umfangreiches Dossier erarbeitet, das den Abbau der *Umwelt-governance* detailliert darstellt.[13]

Umweltzerstörer Bergbau

Seit 2015 erhebt INPE auch Zahlen über Entwaldung durch Bergbau und Goldschürferei (port. zusammengefasst als *mineração*). Schaut man nur auf die betroffene Fläche, dann sind die Zahlen im Verhältnis zum Kahlschlag gering: 405 km² sind seit 2015 (bis November 2020) durch mineração entwaldet worden. Bedenklich aber ist, dass diese Zahl steigt und mineração besonders in Schutzgebieten wächst - im Jahre 2020 (Daten für die ersten drei Monate) um 80 Prozent. Der Umweltschaden, der durch mineração verursacht wird, geht weit über die unmittelbare Entwaldung hinaus: Verschmutzung der Flüsse und Ausbreitung illegaler Siedlungen sind Begleitumstände und Folgen der *mineração*.

Ein ausgezeichneter Überblick dazu findet sich hier: https://g1.globo.com/natureza/noticia/2020/12/06/mineracao-na-amazonia-bate-recordes-de-desmate-nos-ultimos-dois-anos-e-avanca-sobre-areas-de-conservacao.ghtml

Dass indigene Territorien und Schutzgebiete eine wirkungsvolle Bremse gegen Entwaldung darstellen, ist in den letzten Jahren durch zahlreiche Studien aufgezeigt worden. Nun hat eine neue, 2020 veröffentlichte Studie, diese Befunde eindrucksvoll bestätigt.

Demnach ist die Entwaldung in indigenen Gebieten mit vollständiger Anerkennung der Rechte um 66 Prozent geringer als außerhalb.[14] Indigene Gebiete haben daher eine Schlüsselstellung sowohl für die Rechte der darin lebenden Völker als auch für die Bekämpfung von Entwaldung. Aber genau dies wird durch die Invasion von Holzfällern und Goldsuchern aber auch durch Rinderzüchter bedroht. Die damit einhergehenden Konflikte haben nicht mit der Regierung Bolsonaro begonnen, aber die geschützten Territorien konnten ihre Funktion bis dahin weitgehend erfüllen. Um so dramatischer ist der Anstieg der Invasionen in den ersten beiden Jahren der Regierung Bolsonaro. 2019, also in deren erstem Amtsjahr, stiegen die illegalen Aktionen in indigenen Territorien laut dem Bericht des CIMI um 135 Prozent an.[15].

Für 2020 liegen noch keine konsolidierten Zahlen vor, allerdings konstatiert die bereits zitierte Erhebung von Greenpeace einen drastischen Anstieg der Entwaldung (in den ersten fünf Monaten des Jahres) sowohl in indigenen Territorien (64 Prozent) wie in Schutzgebieten (172 Prozent). Dabei konzentrieren sich die Invasionen auf einige Gebiete; viele von ihnen liegen im Bundesstaat Pará im Einzugsbereich der BR 163 und des Staudamms Belo Monte. Diese bedrohliche Entwicklung zeigt, dass die **Verteidigung der indigenen Territorien und der Schutzgebiete die Schlüsselaufgabe im Kampf gegen Entwaldung** ist.

Indigene Völker und Covid-19 - eine politische gewollte Katastrophe

Die Lage der indigenen Völker hat sich durch Covid-19 dramatisch verschlechtert. Allein die Zahlen sind erschreckend. 45.292 Indigene aus 161 Völkern haben sich bisher mit Covid-19 infiziert. Fast 1000 Indigene sind bis Ende des Jahres 2020 an Covid gestorben.Dies ist aber nicht einfach das Ergebnis der Ausbreitung eines Virus, sondern Konsequenz der systematischen Weigerung der Regierung Bolsonaro, der Ausbreitung unter indigenen Völkern entgegenzuwirken. Die *Articulação dos Povos Indígenas do Brasil* - APIB stellt daher fest: „Die brasilianische Bundesregierung ist der wichtigste Faktor zur Verbreitung des Virus unter indigenen Völkern. Die Unterlassung, wirksame Aktionen gegen die Pandemie einzuleiten, die Vernachlässigung des Schutzes der Beschäftigten und Nutzer*innen des indigenen Gesundheitssystems sowie Politiken, die die Invasion in indigene Gebiete begünstigen, sind die entscheidenden Faktoren der Gewalt gegen die indigen Bevölkerung."

Zahlen und Zitat finden sich ha auf diese Homepage der APIB , die laufend aktualisiert wird: https://emergenciaindigena.apiboficial.org/relatorio/

11 Vgl. dazu: https://cimi.org.br/2020/06/com-apenas-002-orcamento-uniao-valor-gasto-funai-junho-mais-baixo-dez-anos/

12 https://valor.globo.com/brasil/noticia/2020/09/13/apesar-de-incndios-governo-corta-oramento-do-ibama-e-icmbio-em-2021.ghtml

13 http://www.ascemanacional.org.br/dossie-sobre-desmonte-ambiental-brasileiro-chega-ao-papa-francisco/ INESC hat ein gründliche Analyse des Haushaltes für Umwelt erarbeitet: https://www.inesc.org.br/nota-tecnica-meio-ambiente-e-o-ploa-2021/

14 Ein Überblick über die Ergebnisse der Studie findet sich hier: https://www.reuters.com/article/us-brazil-forests-indigenous-rights-idUSKCN2562GH Zur Studie: https://www.pnas.org/content/117/34/20495

15 CIMI ist der Indigenenmissionsrat der Brasilianischen Bischofskonferenz (Conselho Indigenista Missionário). Einen guter Überblick über die Ergebnisse des Berichts liefert: https://noticias.uol.com.br/colunas/rubens-valente/2020/09/30/indigenas-relatorio-violencia-brasil-governo-bolsonaro.html

Die neue Rolle der Militärs

„Um das brasilianische Militär ist es still geworden. In den politischen Schlagzeilen der Presse taucht es nicht mehr auf". Diese Sätze wurden 1992 veröffentlicht, in einem der wenigen deutschsprachigen Artikel über das brasilianische Militär und sein politische Rolle[16]. Der Kontrast zum Jahre 2020 könnte nicht größer sein. Die herausragende Rolle der Militärs in der Regierung ist sicherlich eines der auffälligsten Merkmale der Bolsonaro-Administration und ein deutlicher Kontrast zu allen vorangegangen Regierungen nach dem Ende der Militärdiktatur im Jahr 1985.

Noch nie waren so viele Regierungsämter durch Militärs bzw. ehemalige Militärs besetzt. Und dies betrifft insbesondere den Bereich Umwelt und das Amazonasgebiet. Die unermüdliche Ernennung von Militärs in Positionen der Umweltbehörde IBAMA hat inzwischen sogar den obersten Rechnungshof Brasiliens beschäftigt, der in einer Studie feststellte, dass keine der Nominierungen den gesetzlichen Anforderungen entsprach. [17]

Die Nominierung von Militärs durch Salles hat offensichtlich zwei Ziele: zum einen sollen engagierte Umweltschützer aus Schlüsselpositionen verdrängt werden, um so den politischen Bestrebungen von Salles / Bolsonaro nicht entgegenzustehen. Zum anderen werden so Militärs mit gut bezahlten Stellen ausgestattet. Trotz dieser Militarisierung von IBAMA ist die Beziehung von Minister Salles zu den Militärs keineswegs ungetrübt. Das verweist darauf, dass „die" Militärs keine homogene Gruppe sind und teilweise durchaus komplexere strategische Ziele verfolgen als Salles, der hauptsächlich als „Spezialist für Demontage" in Erscheinung tritt. Dies zeigt sich in der Rolle, die Militärs und insbesondere der Vizepräsident Mourão für Amazonien spielen.

Zwei Entwicklungen in der Regierung Bolsonaro sind emblematisch für die neue Rolle der Militärs. Zum einen die Reaktivierung des Nationalen Amazonasrates - *Conselho Nacional da Amazônia Legal* durch ein Dekret vom 12.02.2020.[18] und zum anderen der Start der Operation *Verde Brasil*, mit dem die Streitkräfte ausdrücklich zum Kampf gegen die Entwaldung eingesetzt werden sollen. Insbesondere dies hat dazu geführt, dass in den Militärs und insbesondere in der Person des Vizepräsidenten eine sich von Bolsonaro unterscheidende Orientierung in der Amazonaspolitik gesehen und Vizepräsident Mourão von manchen sogar als ein Art „Stimme der Vernunft" wahrgenommen wurde. Tatsächlich hat sich Mourão oft deutlich differenzierter zu Amazonien geäußert als Bolsonaro und den Kampf gegen Entwaldung ausdrücklich befürwortet.

Um die aktuelle Gemengelage besser zu verstehen, ist ein Blick in die Geschichte der Rolle der Militärs in Amazonien hilfreich. Amazonien ist spätestens seit der Militärdiktatur ein zentrales Aktionsfeld der brasilianischen Militärs. Aufgrund des Fehlens einer ernsthaften Bedrohung auf dem südamerikanischen Kontinent wurde Amazonien zentral für die Legitimierung der brasilianischen Militärs. Dabei dominierten immer zwei Motive: zum einen die Verteidigung der nationalen Souveränität gegen eine angenommene Bedrohung von Außen, zum andern aber auch die „Entwicklung Amazoniens" – oder anders gesagt, die Eroberung und Kolonisierung der Region. Dem lag die Vision zugrunde, dass Amazonien ein menschenleerer Raum sei, der besiedelt werden müsse. Die Bewohner*innen Amazoniens außerhalb der Städte, indigene Völker und traditionelle Gemeinschaften zählten nicht – sie galten als rückständig und unproduktiv.

Gleichzeitig bildete die Annahme einer äußeren Bedrohung den Kern der Konstruktion Amazoniens als Problem der nationale Souveränität. Die Bedrohung soll dabei von indigenen Gebieten ausgehen: Unter dem Vorwand, Brasilien würde Menschenrechte verletzen, könnten internationale Mächte intervenieren und die an den Grenzen des Landes gelegenen indigen Gebieten abtrennen. Dieses Narrativ findet sich in zahllosen Äußerungen von Militärs. Martins Filho, einer der wichtigsten Forscher über das brasilianische Militär, betont, dass dies alles auch noch in der Gegenwart gilt und resümiert: „Das Militär sieht in den Indigenen

16 Das Zitat stammt von Bernhard Moltmann und findet sich hier: https://publications.iai.spk-berlin.de/servlets/MCRFileNodeServlet/Document_derivate_00002078/BIA_053_229_242.pdf

17 Vgl.: https://www.redebrasilatual.com.br/ambiente/2020/11/ricardo-salles-desrespeita-legislacao-ao-militarizar-o-ibama-diz-tcu/

18 http://www.planalto.gov.br/ccivil_03/_ato2019-2022/2020/decreto/D10239.htm

eine Bedrohung für die Souveränität Brasiliens. Ihre Territorien könnten mit der Hilfe der internationalen Community eines Tages unabhängig werden. [...] Es klingt unglaublich. Aber fragt man brasilianische Militärs, ob Frankreich in Amazonien intervenieren könnte, antworten 99% mit Ja".[19]

Diesen Ruf hat sich Frankreich einerseits durch seine unmittelbare Nachbarschaft zu Brasilien (Französisch Guayana hat ein eine Grenze zu Brasilien!) eingehandelt und andererseits durch eine im Lande unvergessen Äußerung von François Mitterrand, der als damaliger Präsident 1989 verkündete: „Brasilien muss eine begrenzte Souveränität über Amazonien akzeptieren".

Indigene Gebiete als Bedrohung

Um die Gefahr für die nationale Souveränität plausibel zu machen, wird immer auf die indigenen Völker und ihre enormen Territorien verwiesen. So umfasst das Gebiet der Yanomami in Brasilien 96.650 km², das ist mehr als doppelt so viel wie die Fläche der Niederlande (41.543 km²). Das Gebiet liegt an der Grenze zu Venezuela und auch dort leben Yanomami. Länderübergreifend gelten 192.000 km² als Yanomami-Land, mehr als die Fläche Griechenlands (131.957 km²). Zudem bezeichnen sich die indigenen Völker selbst als „indigene Nationen". Ein Szenario, in dem sich die Yanomami etwa als Antwort auf Menschenrechtsverletzungen unabhängig erklären und internationale Hilfe anfordern, gilt den brasilianischen Militärs als realistisch.

Als der brennende Regenwald im Jahre 2019 Amazonien wieder in den internationalen Fokus rückte, hat dies auch die Debatten um nationale Souveränität befeuert. Bolsonaro und seine Regierung zeigten sich irritiert über das Reden vom Amazonas als „Lunge der Erde" und als der französische Präsident Emmanuel Macron postete, „Unser Haus brennt […], das ist eine internationale Krise", war dies eine Steilvorlage für die Regierung von Jair Bolsonaro. Statt über die Ursachen der Feuer konnte die Regierung nun über nationale Souveränität und europäische Arroganz reden. Macron hat hier sicherlich zu einem Schulterschluss zwischen Militärs und Regierung beigetragen – oder auch nur dazu beigetragen, deren Gemeinsamkeit in den Vordergrund zu rücken. Denn die vorgebliche Sorge um die nationale Souveränität und die feindliche Haltung gegenüber den indigenen Territorien verbindet Bolsonaro und die Militärs. Hinzu kommt noch eine aggressive Ablehnung von NGOs, die als Handlanger ausländischer Mächte gesehen werden.

Aber in und nach der Krise wurden auch Unterschiede zwischen der Haltung der Militärs und der Regierung deutlich. Die Militärs zeigten sich tatsächlich besorgt über die aus der Kontrolle geratenen Brände und die ansteigende Entwaldung. Sie griffen nun aktiv in die Amazonaspolitik ein und eroberten zentrale Positionen.

Der **Nationale Rat für Amazonien *(Conselho Nacional da Amazonia)*** ist zwar schon 1995 vom damaligen Präsidenten Fernando Henrique Cardoso geschaffen worden, war aber in den letzten Jahren bedeutungslos. Im Januar 2020 ist der Rat nun aus der Versenkung geholt und durch ein Dekret neu strukturiert worden. Man kann die Einrichtung des Rates so interpretieren, dass dem Umweltministerium die Federführung für die Amazonaspolitik entzogen und zu dem Vizepräsidenten und damit zu den Militärs verschoben worden ist. In der neuen Zusammensetzung vereinigt der Rat verschiedene Ministerien (wie Umwelt und Landwirtschaft) sowie andere föderale Instanzen - es fehlen aber die Landesregierungen. Als zentrale Aufgabe des Rates definiert das Dekret, „die Aktionen der Regierung, die Amazonien betreffen, zu koordinieren und zu integrieren."

Inwieweit das wirklich funktioniert, ist noch nicht klar. Denn durch die Einrichtung des Rates wird eine bereits bestehende Unübersichtlichkeit in den Zuständigkeiten für Amazonien verstärkt und es muss daher abgewartet werden, ob und wie der Amazonasrat wirklich handlungsfähig sein wird und wie sein Verhältnis zu den Bundesstaaten sich entwickelt.

Als Reaktion auf die Feuer von 2019 beschloss die Regierung das Militär einzusetzen. **Operation Grünes Brasilien** (***Operação Brasil Verde***) lautete der Name. Im Mai 2020 begann die *Operação Brasil Verde 2* . Damit wurde aus einer punktuellen Maßnahme ein dauerhaftes und massives Eingreifen der Militärs in Amazonien. Die rechtliche Basis für die Operation ist die *Garantia da Lei da Ordem*, eine Art brasilianische Notstandsgesetzgebung, die den Einsatz von Militäreinheiten für innenpolitische Aufgaben reguliert.
Der Einsatz des Militärs ist mit bedeutenden finanziellen Mitteln ausgestattet. 418 Millionen Reais stehen dem Militär zur Verfügung, doppelt so viel wie den Umweltbehörden und INPE für den Kampf gegen Entwaldung und Überwachung. Die brasilianische Presse und ein Analyse der Rechnungshofes (*Tesouro Nacional*) haben inzwischen Fälle aufgedeckt, die zeigen, dass ein Teil dieser Gelder für die Verschönerung von Kasernen oder für andere Ausgaben verwendet wurde, die kaum dem Kampf gegen Entwaldung dienen. So wurden in einem Bataillon (Coxim im Bundesstaat Mato Grosso) für 454.000 Reais neue Türen gekauft – aus Tropenholz. Für Spott sorgen auch Ausgaben für Feuerlöscher in Manaus, die wohl nicht geeignet sind einen Waldbrand zu löschen.[20]

Insgesamt ergibt sich also ein widersprüchliches Bild, das darauf hinweist, dass Militärs und Bolsonaro durchaus unterschiedliche Vorstellungen von der Amazonapolitik haben. Während die Militärs in den letzten Jahrzehnten so etwas wie eine strategische Vision über die Entwicklung Amazoniens erarbeitet haben, ist dies bei Bolsonaro nicht zu erkennen. Aber wenn es in seiner Tätigkeit als Abgeordneter einen kontinuierlichen Schwerpunkt gab, dann waren es Initiativen zu Legalisierung des illegalen Bergbaus und der Goldschürferei (*garimpagen*) in Amazonien. Im Wahlkampf 2018 wurde die aggressive Rhetorik gegen die Umweltbehörde zu einem Markenzeichen Bolsonaros. Vielleicht ist die „Vision" Bolsonaros am besten in einer Äußerung zusammengefasst, in der er die Befreiung der Wirtschaft und wirtschaftlich aktiven Bevölkerung vom „Joch des Staates" fordert: Alles was produktiv ist (Agrobusiness, Bergbau) ist positiv. Indigene Territorien, Umweltbehörden und Schutzgebiete sind hingegen eine Behinderung von Produktivität und Entwicklung. In der Tradition der Militärs war es jedoch immer wichtig, dass die „Erschließung" Amazonien planmäßig vonstatten geht. „*Ordenamento Territorial*" (Raumordnung) war immer eine Schlüsselwort und zur Hinterlassenschaft der Militärs gehörte auch die Schaffung einer Planungsbehörde und die Erstellung von Entwicklungsplänen. In dieser Tradition steht auch der Plan „*Projeto Rio Branco*", der 2019 in die Öffentlichkeit gelangte. Er verbindet Infrastrukturprojekte mit einer Logik der Nationalen Sicherheit und betont die Bedeutung des Bergbaus.

Bolsonaro und Salles scheinen aber an staatlicher Planung wenig interessiert zu sein. Deregulierung, die Demontage der Umweltbehörden und die Förderung des Straßenbaus scheinen ihnen als strategische Orientierungen auszureichen. Aber in der Betonung

19 https://news.mongabay.com/2020/10/long-entrenched-brazilian-military-mindset-is-key-to-amazon-policy-expert/
20 Die hier zitierten Angaben und Zahlen stammen aus: https://piaui.folha.uol.com.br/388206-2/

der strategischen Bedeutung der Bodenschätze treffen sich Militärs und Bolsonaro. Dies hat der Präsident in der ihm eigenen Offenheit im Oktober 2020 in einer Rede vor Goldsuchenden nochmal deklamiert: „Bei Amazonien geht es nicht um die Indigenen oder die Scheiß Bäume (*„a porra da arvore*“), es geht um Bodenschätze.“ [21]

Projekt Barão do Rio Branco

Vorgesehen ist eine Brücke über den Amazonas bei Oriximiná, die Verlängerung der BR 163 bis zur Grenze mit Surinam und ein Wasserkraftwerk am Trombetas-Fluss. Entwickelt und vorgestellt hat diesen Plan das Sekretariat für Strategische Angelegenheiten, das von dem General Santa Rosa geleitet wurde. Nach seinen Worten geht es um die Integration einer „menschenleeren“ Region. Indigene Territorien, Umweltgruppen aber auch die katholische Kirche werden ausdrücklich als Bedrohungen benannt. Tatsächlich verfolgen die Militärs eine andere Logik als das Agrobusiness. Imaginierte Interessen der nationalen Sicherheit determinieren das Projekt, aber auch die Absicht der „Erschließung“ von Bodenschätzen. Am Trombetas werden jetzt schon Bauxit-Vorkommen ausgebeutet, die Region gilt als reich an Mineralien. Viele Kommentare in Brasilien sehen in dem Projekt eher ein Hirngespinst der Militärs. Aber tatsächlich sind Mineralien (insbesondere Eisenerz) neben Soja das andere wichtige Exportprodukt Amazoniens. Bemerkenswert ist, wie sich im Projekt die Ideologie der nationalen Sicherheit mit den Interessen von Bergbaukonzernen und einer exportorientierten Wirtschaft vermischen. Alle Pläne zum Ausbau der Infrastruktur stoßen nicht nur auf Widerstand, sondern auch auf Probleme der Umsetzung: die mangelhafte Kapazität des Staates zur Implementierung und das fehlende Geld. Der Anteil von Investitionen am Bruttosozialprodukt ist auf einem historischen Tiefpunkt, das Haushaltsdefizit ist hingegen hochgeschnellt. Diese Entwicklung ist durch die Corona Krise noch verschärft worden. Santa Rosa ist Ende 2019 von seinem Amt zurückgetreten und beklagte die mangelnde Kommunikation mir dem Präsidialamt.

Trotz dieser offensichtlichen und offenen **Militarisierung Amazoniens** sollte man sich davor hüten, dies nur als eine Wiederauflage der Politiken und Pläne aus Zeiten der Militärdiktatur zu sehen. Dies hängt zunächst mit einem grundlegenden Charakter der Regierung Bolsonaro zusammen. Nach einigem Zögern hat Bolsonaro ein Bündnis mit der neoliberalen Ausrichtung der Wirtschaftspolitik geschlossen und sein politisches Überleben wohl an deren Erfolg geknüpft. Alle Kompetenz in Wirtschaftsfragen wurde dem Superminister Guedes übergeben, der durch Deregulierung, Abbau sozialer Rechte, Rentenreform und Sparkurs den Haushalt sanieren und die Wirtschaft ankurbeln will. Das gelingt im komplexen politischen Kräftefeld nur bedingt – was aber 2020 durch Corona in den Hintergrund gerückt ist. Diese ideologische Basis der Regierung Bolsonaro unterscheidet sich deutlich von dem historischen Projekt der Militärs, das durch die Betonung nationaler Entwicklung, einer starken Präsenz des Staates und große Staatsunternehmen wie Petrobras oder der Companhia do Vale do Rio Doce (heute Vale) gekennzeichnet waren. Ein anderer wichtiger Unterschied zu den Zeiten de Militärs ist die **enorm gewachsene ökonomische und politische Rolle des Agrobusiness.** Vizepräsident Mourão verkörpert perfekt die neue Denkweise von Teilen der Militärs. Zu seinen Schlüsselbegriffen zählt nun auch die Bioökonomie. „Die Bioökonomie hat das reale Potential, um die Multifunktionalität der Landwirtschaft für die Produktion von Nahrungsmitteln, Fasern, Energie, Ökosystemdiensleitungen, grüner Chemie und neuen Materialien einzusetzen und zu verbessern“.[22] **Die Bioökonomie soll zum Schlüssel der Entwicklung Amazoniens werden:** „Wir müssen Amazonien in einen großen Pool der globalen Bioökonomie verwandeln. Amazonien braucht eine neues Entwicklungsmodell, basierend auf Forschung und Innovation. Dafür brauchen wir die Partnerschaft mit dem Privatsektor (öffentlich-private Partnerschaften). Das ist die große Herausforderung in Bezug auf Amazonien.“[23] Diese „moderne“ Rhetorik unterscheidet Mourão tatsächlich deutlich von den Diskursen Bolsonaros.

Rettung durch das Agrobusiness?

In der aktuellen Debatte um die Zukunft Amazoniens spielt das Agrobusiness ein zentrale Rolle. Dies liegt zunächst einmal an der Bedeutung, die das Agrobusiness für Brasiliens Wirtschaft hat. Brasilien macht ein schwere ökonomische Krise durch, das BIP wird 2020 um ca. 4 Prozent sinken. Aber: „Die Landwirtschaft ist der einzige Sektor, der dieses Jahr wächst, stark gepuscht von unserem wichtigsten Anbauprodukt, dem Soja“, versichert Rebecca Palis, beim staatlichen Statistikinstitut IBGE zuständig für die Nationale Rechnungsführung.[24]

Der wichtigste Produzent von Soja in Brasilien ist inzwischen der Amazonasstaat Mato Grosso. Mehr als 50 Prozent der Sojaernte gehen nach China. Im Jahre 2020 explodierten die Exporte von Rindfleisch aus Mato Grosso dorthin und stiegen um 150 Prozent.[25]
Die enorme und wachsende wirtschaftliche Bedeutung des Agrobusiness und seine starke Abhängigkeit von Exporten insbesondere nach China aber auch in die EU haben immer wieder Hoffnungen genährt, das Agrobusiness könne angesichts der aggressiven antichinesischen Rhetorik insbesondere des Außenministers Araujo als mäßigende Stimme gegenüber Präsident Bolsonaro und dem ideologischen Flügel der Regierung auftreten. Des weiteren sei das Agrobusiness gegenüber dem Imageschaden durch die anhaltende Zerstörung Amazoniens und dem damit einhergehenden internationalen Druck nicht gleichgültig.

Tatsächlich bemühen sich Teile des Agrobusiness vom Image des Brandstifters in Amazonien loszukommen. Sichtbarer Ausdruck davon ist die sogenannte Koalition „Brasilien Klima, Wälder und Landwirtschaft“ (*Coalizão Brasil Clima, Florestas e Agricultura*), die sich selbst als „eine multisektorale Bewegung beschreibt , die Aktionen vorschlagen und Politiken beeinflussen will, die eine CO_2 arme Wirtschaft entwickeln und dabei hochwertige Arbeit schaffen, Innovation und die globale Wettbewerbsfähigkeit Brasiliens ebenso fördern will, wie die Schaffung und Verteilung von Reichtum für die gesamte Gesellschaft“.[26]

21 https://www.cartacapital.com.br/opiniao/sempre-foi-o-minerio-sobre-o-projeto-barao-do-rio-branco/ Auf Deutsch findet sich das Zitat hier: https://www.cartacapital.com.br/opiniao/sempre-foi-o-minerio-sobre-o-projeto-barao-do-rio-branco/

22 https://www.canalrural.com.br/radar/mourao-afirma-que-recursos-naturais-da-amazonia-favorecem-a-bioeconomia/

23 https://www.correiobraziliense.com.br/politica/2020/08/4872259-mourao-defende-investimento-de-paises-emergentes-na-amazonia.html

24 https://g1.globo.com/economia/noticia/2020/12/03/apos-tombo-pib-do-brasil-cresce-77percent-no-3o-trimestre.ghtml In diesem Artikel findet sich ein Überblick über die wirtschaftlichen Daten mit Stand Dezember 2020.

25 https://g1.globo.com/economia/noticia/2020/12/03/apos-tombo-pib-do-brasil-cresce-77percent-no-3o-trimestre.ghtml

26 http://www.coalizaobr.com.br/

Unter den Mitgliedern der Koalition finden sich Bayer, BASF, Unilever, Cargill, der viel kritisierte Fleischkonzern JBS, mit der Gruppe Amagi der größte Sojaprodzent der Welt, und auch Banken wie die Rabobank so wie die beiden größten brasilianischen Privatbanken Bradesco und Itau.
Aufschlussreich ist auch die Liste der NGOs, die an der Koalition teilnehmen. Dazu zählen die internationalen Giganten WWF, Conservation International (CI) und The Nature Conservancy (TNC). Bei den brasilianischen NGOs stechen IMAZON und das Amazonas-Umweltforschungsinstitut IPAM hervor.[27] IPAM spielte eine führende Rolle bei der Ausrichtung und Außendarstellung der Koalition.[28]

Die Mitgliederliste der Koalition ermöglicht ein Mapping von Akteuren der brasilianischen Gesellschaft. Auf der Seite des Agrobusiness ist eigentlich alles dabei, was Rang, Namen und durchaus zweifelhaften Ruhm hat – mit der bemerkenswerten Ausnahme der UNICA, der einflussreichen Vereinigung der Zuckerproduzenten. Diese trat zusammen mit vier anderen Organisationen Ende 2019 im Vorfeld der Klimakonferenz in Madrid (COP 25) aus der Koalition aus, angeblich auf ausdrückliche Bitte von Minister Salles. Soziale Bewegungen (wie die Landlosenbewegung MST oder auch der Dachverband der indigenen Völker Amazoniens, die COIAB) sind in der Koalition nicht vertreten und wichtige brasilianischen NGOs wie FASE, INESC oder ISA fehlen genauso wie Greenpeace.

Es hat sich in Brasilien also ein Akteursfeld gebildet, dass in der Zusammenarbeit mit dem Agrobusiness eine Schlüsselstrategie sieht. Dies gründet zum einen auf der oben erwähnten Hoffnung auf den mäßigenden Einfluss des Agrobusiness und zum anderen aber auch auf dem Argument, dass wenn denn die Landwirtschaft und die Viehzucht die wichtigsten Treiber der Entwaldung seien, dann müsse man eben gerade mit diesem Sektor zusammenarbeiten und ihn zu nachhaltigeren Praktiken bewegen. „Die landwirtschaftlichen Produzenten sind eine der Schlüsselgruppen für die Erhaltung Amazoniens“[29], verlautet IPAM auf der seiner Homepage.

Ein aktuelles Beispiel für solche Initiativen ist das Projekt *Conserv*, das in diesem Jahr von IPAM in Zusammenarbeit mit dem Environmental Defense Fund (EDF) und dem Woodwell Climate Research Center lanciert wurde - mit Unterstützung der Regierungen der Niederlande und Norwegens. *Conserv* beruht darauf, großen und kleinen Produzent*innen in Amazonien einen finanziellen Ausgleich zu gewähren, wenn sie Waldflächen bewahren, die sie legal abholzen könnten. Hier finden sich in geradezu idealtypischer Weise Grundelemente des neoliberalen Umweltschutzes: Zielgruppe ist der Privatsektor und die Instrumente sind finanzielle Anreize.

Ein weiteres Instrument, das immer mehr in den Mittelpunkt rückt, ist die Forderung nach und die Förderung von entwaldungsfreien Lieferketten. Dieser *shift* zum privaten Sektor und marktwirtschaftlichen Instrumenten hat auch die internationale Kooperation erfasst. Deutlich ist das in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit (EZ), die ihre Kooperation mit dem brasilianischen Umweltministerium zusehends ersetzt durch die Kooperation mit dem Landwirtschaftsministerium. Hier lässt sich durchaus eine problematische Kongruenz zwischen EZ und der Politik der Bolsonaro Regierung feststellen: Statt staatlicher Regulierung und Kontrolle sowie der Sicherung von Schutzgebieten rücken nun die „Produzenten“ (sprich das Agrobusiness) und marktwirtschaftliche Instrumente in den Fokus. Das Agrobusiness ist kein „Feind“ oder Verursacher von Entwaldung, sondern Hoffnungsträger.

Fleisch und Zerstörung

Der brasilianische Konzern JBS ist nach eigenen Angaben der weltweit größte Verarbeiter „tierischer Proteine“ oder anders gesagt, der größte Schlachtbetrieb des Planeten. *Chain Reaction Research* hat in einem exzellenten, 2020 veröffentlichten Report nicht nur die Machenschaften des Konzerns, sondern auch die internationalen Verflechtungen dargestellt. Der Report zeigt, wie Rindfleisch aus illegal abgeholzten Gebieten in die legalen Vermarktungsketten eingeschleust wird - eine Praxis, die in Anlehnung an den Begriff „Geldwäsche“ als „Rinderwäsche“ bezeichnet wird .

Wichtigster Investor und Kreditgeber von JBS ist die Barclays (UK) und in der Spitzengruppe findet sich auch die holländischen Rabobank. Zusammen belaufen sich ihre Kredite an JBS auf mehr als 4,5 Milliarden (!) US$. In der Gruppe der wichtigsten Investoren ist auch die Deutsche Bank vertreten. Siehe: https://chainreactionresearch.com/report/jbs-outsized-deforestation-in-supply-chain-covid-19-pose-fundamental-business-risks/ 2019 hat JBS den „Dead Planet Award“ der Ethecon-Stiftung verliehen bekommen. Die Schmährede zur Preisverleihung findet sich hier: https://www.kooperation-brasilien.org/de/themen/landkonflikte-umwelt/201ejbs-steht-fuer-eine-zunehmende-kette-von-umweltzerstoerungen201c

27 IMAZON steht für Instituto do Homem e Meio Ambiente da Amazônia. IPAM und IMAZON sind in Belém ansässig und fungieren eher als unabhängige Forschungsinstitute denn als klassische NGOs.

28 Im Dezemeber 2020 hat Andre Guimarães, Direktor des IPAM, seine Position als einer der Koordinatoren „Cofacilitador“) der Koalition an Rachel Bidermann von Conservation International weitergereicht.

29 „Produtores rurais são um dos grupos-chaves para a conservação da Amazônia“, siehe: https://ipam.org.br/produtores-rurais-recebem-por-mata-conservada-na-amazonia/

Diese neoliberale Wende in der Amazonaspolitik wird von vielen sozialen Bewegungen und Organisationen der brasilianischen Zivilgesellschaft kritisiert. Es ist klar, dass staatliche Regulierung und Kontrolle nicht alles ist, aber ohne sie ist alles nichts. Deshalb ist es nicht möglich, einfach ungetrübt auf marktwirtschaftliche Instrumente setzen, wenn gleichzeitig die Umweltbehörden ausgeblutet und die Umweltgesetzgebung ausgehebelt werden. Die wachsenden Invasionen in Schutzgebieten und indigenen Territorien sowie die allgegenwärtigen Menschenrechtsverletzungen zeigen, dass der Rechtsstaat in weiten Teilen Amazoniens eine Fiktion ist oder wenn dann nur fragmentiert funktioniert. Was früher einmal Konsens schien, nämlich dass ohne *Good Governance*[30] nicht nur kein Staat zu machen, sondern auch kein Wald zu retten ist, tritt in den Hintergrund. Denn wir haben es in Brasilien nicht mit einer mangelhaften *Good Governance* zu tun, sondern mit einem bewusstem Abbau derselben und der ebenso absichtlichen Etablierung einer *Bad Governance*.

Und im Hinblick auf den Schutz Amazoniens hat sich das Agrobusiness nicht als Bündnispartner erweisen, sondern als Gegner. Die *Frente Parlamentar da Agropecuária* (FPA) ist eine Vereinigung von Abgeordneten zur Unterstützung des Landwirtschaftssektors und eindeutig dem Agrobusiness zugeordnet. Ihr gehören 257 Abgeordnete an. Sie ist damit die größte Gruppe im Parlament. Von Beginn an ist sie eine wichtige Stütze der Regierung Bolsonaro. Die damalige Präsidentin der FPA, Teresa Christiana, wurde von Bolsonaro nach seinem Wahlsieg umgehend zur Landwirtschaftsministerin ernannt.[31] Und einem anderer wichtigen Repräsentanten des Agrobusiness, Nabahn Garcia, wurde die Verantwortung für die gesamte Landregulierung in Brasilien übertragen - eine Schlüsselstellung, die in ihrer Bedeutung gerade für Amazonien kaum zu überschätzen ist (siehe Kapitel „Der große Landraub“).

Betrachtet man also die ersten beiden Jahre der Regierung Bolsonaro, dann hat sich das Agrobusiness als mehr als ein Bündnispartner erwiesen: es ist eine zentrale Stütze des Systems Bolsonaro. Öffentlich wahrnehmbarer Dissens kam nur in dem Verhältnis zu China auf. Als Eduardo Bolsonaro, Abgeordneter und einer der Söhne Bolsonaros, allzu heftig gegen China wetterte, ja da zeigten sich Vertreter des Agrobusiness besorgt.[32]

Aber inwieweit ist das brasilianische Agrobusiness durch das schlechte internationale Image Brasiliens beeinflussbar? Aufsehen erregte, dass im Juni 2020 eine Gruppe von Investoren in einem Brief an Vizepräsident Mourão ihre Besorgnis über die Entwicklung in Amazonien äußerte. Die Reaktion der brasilianischen Regierung auf solche Äußerungen ist eine doppelte. Bolsonaro und Salles tun diese Besorgnisse als mangelnde Information ab und stellen Brasilien als ein Musterland des Umweltschutzes hin – so zuletzt Bolsonaro in seiner Rede vor den UN.[33] Mourão sucht den Dialog und beteuert, dass Brasilien nun (unter seiner Regie) ernsthaft gegen Entwaldung vorgeht. Ein Beispiel dafür ist eine Videokonferenz, die Mourão im Juli 2020 organisierte. Es nahmen daran Investmentfonds teil, die ein Vermögen von 4.6 Billiarden (!) US$ repräsentieren sollen. Der langjährige Sprecher des Observatorios de Clima, Carlos Rittl, stellt in einem Interview fest: „Die Investoren kennen die Fakten und werden nicht durch Rhetorik oder Kommunikationsstrategien zu überzeugen sein. Es wird dem Marketing [der brasilianischen Regierung] nicht gelingen, das zu übertünchen, was die Satellitenbilder zeigen“. [34]

Aber nach zwei Jahren Bolsonaro lässt sich auch eine ganz andere Schlussfolgerung ziehen: Das brasilianische Agrobusiness und mit ihm die brasilianische Regierung lassen sich durch externe Kritik und Appelle kaum beeinflussen, solange die Geschäfte blühen. Und da gibt es ja, selbst in Zeiten von Corona, keine Klagen.
Dies wird erleichtert durch eine Verengung des internationalen Blickes auf Amazonien auf den Komplex Entwaldung. Aber illegale Entwaldung zumindest rhetorisch zu verurteilen und Maßnahmen wie entwaldungsfreie Lieferketten zu fordern und zu fördern, ist billig und kann sogar zusätzlich Gelder mobilisieren. Gleichzeitig wird jedoch das Vordringen des Sojaanbaus und der Viehwirtschaft in andere Ökosysteme als den Regenwald, die Expansion von Monokulturen, die Verletzung von Menschenrechten, der illegale Holzeinschlag, die Ausweitung des Bergbaus – die Aufzählung ließe sich fortsetzen - in den Hintergrund gerückt. Statt an den Ursachen und Treibern der Entwaldung den Hebel anzusetzen oder dies auch nur zu thematisieren, wird nun die Bekämpfung von illegaler Entwaldung in den Mittelpunkt gerückt. Das ist als Agenda des Agrobusiness verständlich, aber weder die Zivilgesellschaft noch die EZ sollte sich auf ein solche eingeengte Perspektive und

30 „Erfolg bei der Verwirklichung dieser Ziele hängt unter anderem von guter Regierungsführung in jedem Land ab“ heißt es in den Millenniumzielen (Ziffer 13). Und in ihrem Bericht zur Entwicklungspolitik von 2005 ergänzte die Bundesregierung: „Dies ist die gemeinsame Grundorientierung für jede Strategie, der Entwicklungsländer wie der Industrieländer.“ https://www.epo.de/images/stories/download/bmz_12.entw.pol.bericht.pdf

31 https://br.boell.org/pt-br/2019/11/13/nova-cara-da-bancada-ruralista

32 Mehr dazu hier: https://economia.ig.com.br/2020-11-26/agronegocio-quer-salvar-relacao-com-a-china-apos-acusacoes-de-eduardo-bolsonaro.html

33 „Was Amazonien und das Pantanal angeht, sind wir das Opfer einer der brutalsten Lügenkampagnen“ erklärte Bolsonaro im September 2020. https://www.dw.com/de/meinung-bolsonaro-gef%C3%A4llt-sich-als-wirklichkeitsverneiner/a-55020597

34 https://www.bbc.com/portuguese/geral-53358810

„Einschrumpfung“ einlassen. Zumal bisher selbst bei der Bekämpfung von Entwaldung keine Resultate erkenntlich sind. Auch hier hilft eben Rhetorik nicht weiter.

Der große Landraub

Manche Ideen sind unausrottbar, nicht obwohl sie falsch, sondern gerade weil sie falsch sind. Der brasilianische (Super)Wirtschaftsmister Paulo Guedes verkündete auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos im Jahre 2020: „Der schlimmste Feind der Umwelt ist die Armut. Die Personen zerstören die Umwelt, weil sie essen müssen.“[35] Damit wird suggeriert, dass arme Menschen in den Wald ziehen und, vom Hunger getrieben, Bäume fällen. Doch nichts könnte falscher sein: Großflächige Entwaldungen sind aufwendig und teuer, sie sind nichts für Menschen ohne Kapital.

Entwaldung ist untrennbar mit der Aneignung von Land verbunden – das Abbrennen von Wäldern dient in der Regel zwei Zielen, die miteinander verbunden sind: dem Anlegen von Viehweiden und dem Landraub – *grilagem* auf portugiesisch. „Das Land gehört dem, der es entwaldet“ – diese uralte Regel gilt auch noch im Brasilien der Gegenwart. Zumindest in der brasilianische Debatte ist der Nexus zwischen *grilagem* und Entwaldung in de letzten Jahren stärker in den Mittelpunkt gerückt worden. Dazu trug auch bei, dass über NGOs wie Greenpeace oder FASE hinausgehend auch andere darauf verwiesen haben. So erschien im November 2019 eine vielbeachtete Studie von IPAM, deren wichtigstes Ergebniss in einer Schlagzeile zusammengefasst wurde: **35 Prozent der Entwaldung Amazoniens ist Landraub.** [36]

Auch die Staatsanwälte der *Forca Tarefa Amazonia* meldeten sich zu Wort - in einem Video mit dem Titel *Grilagem, desmatamento e violencia* [37]. Bemerkenswert ist, dass dieses Video von der bereits erwähnten „Koalition Klima, Wälder und Landwirtschaft“ produziert wurde, die nun wirklich nicht unter den Verdacht gestellt werden kann, radikale Positionen zu vertreten.

Um aber den Zusammenhang von Entwaldung und Landraub besser zu verstehen, muss man den Blick weg von den Feuern und Bäumen hin auf den Boden richten – und damit auf die komplizierten Eigentumsverhältnisse und Landrechte in Amazonien. Die erwähnte Studie von IPAM konstatiert, dass 35 Prozent der Entwaldung Amazonien auf sogenannten *terras não destinadas* (auch als *terras devolutas* bekannt) geschehen ist. Dies sind Flächen, die dem Staat gehören, ohne eine Bestimmung zu haben. Sie sind als weder Schutzgebiet noch Privatbesitz oder militärisches Gebiet. Entwaldung auf solchen Flächen „ohne Bestimmung“ geschieht also, ohne dass diejenigen, die entwalden, über legale Landtitel verfügen. Die *terras não destinadas* sind die Landkategorie mit dem höchsten Anteil an Entwaldung: 49,8 Millionen Hektar, also knapp 500.000 km², das entspricht ungefähr der Fläche Spaniens, gelten als *terras não destinadas*. Es sind diese Flächen, auf denen sich weltweit der größte Landraub der Gegenwart abspielt.[38]

Paulo Motinho (IPAM) erklärt, wie das funktioniert: „Ein grileiro geht in öffentliches Land und registriert dies in seinem Namen oder im Namen eines/r Strohmanns/-frau. Danach entwaldet er das Gebiet, stellt einige Rinder darauf und versucht auf alle erdenkliche Art und Weise das Land zu legalisieren. Oder er verkauft es an einen, der nicht durchblickt […]. Und dann wendet er sich dem nächsten Gebiet zu.“ [39]

Dass die Dynamik der grilagem in den letzten Jahren wieder an Schwung gewonnen hat, liegt nicht zuletzt an einem Instrument, dass eigentlich zur Bekämpfung der Entwaldung konzipiert worden ist. Das Waldgesetz von 2012 verpflichtet alle Landbesitzer eine Umweltlizenz für ihre Land zu beantragen. Dafür muss sich jeder Landbesitzer über das Umweltregister „*Cadastro Ambiental Rural*“ (CAR) registrieren und über die Nutzung seines Landes Auskunft geben. Auf der angeforderten Dokumentation wäre dann zu erkennen, ob die Umweltauflagen eingehalten werden. In Amazonien bedeutet dies vor allem, dass nicht mehr als 20 Prozent der Fläche entwaldet werden dürfen.

Was erst einmal einleuchtend und erfolgversprechend klingt, hat einen ganz entscheidenden Haken: Die Registrierung über das CAR ist nicht an den Nachweis eines Besitztitels geknüpft. Und so wurden und werden mit dem CAR Besitztitel auf Land registriert, auf das der Registrierende eigentlich gar keinen Anspruch erheben könnte: auf öffentliches Land. Gerade für die *terras não destinadas* hat dies durchaus Aussicht auf Erfolg. Denn die Regierung verfolgt die klare Absicht, selbige an Privatbesitz zuzuteilen. Ein Registrierung via CAR ist dann ein Dokument (ein cadastro), das Ansprüche begründen kann.
23 Prozent der *terras nao destinadas* weisen nach Erhebung von IPAM inzwischen ein CAR auf.[40] Aber besonders schockierend ist, dass auch in Schutzgebieten und indigenen Territorien Ländereien mit CAR registriert werden: Das *Ministerio Publico* hat inzwischen fast 10.000 CAR in indigenen Territorien registriert.[41] Anders in den *terras nao destinadas* ist die Rechtslage bei indigenen Gebieten eigentlich klar: CAR sind in diesen offensichtlich illegal, aber sie bilden einen Bodensatz, um bestehende Demarkierungen indigener Territorien in Zweifel zu ziehen oder gar rückgängig zu machen.

Die Gefahren von CAR verstärken sich in der aktuellen politischen Konjunktur und personalisieren sich in der Figur von Nabahn Garcia. Dieser begann seine Karriere in der radikalen Großgrundbesitzerorganisation UDR (*Uniao Democrática Ruralista*) und nimmt nun als für die Landregulierung in Brasilien zuständiger Staatssekretär im Landwirtschaftsministerium eine Schlüsselstellung ein. Zentraler Vorstoß um die Verteilung von öffentlichen Land zu legalisieren ist ein Gesetzesvorhaben, das als *Lei da Grilagem* – „Gesetz des Landraubes“ sogar international berühmt und berüchtigt wurde. Zunächst konnte das Vorhaben gestoppt werden, aber die Auseinandersetzungen über die Landvergabe in Amazonien werden ein zentrales politisches Thema bleiben.

35 https://g1.globo.com/natureza/noticia/2020/01/22/grilagem-especulacao-e-desmatamento-ilegal-sao-inimigos-do-meio-ambiente-dizem-especialistas.ghtml

36 https://ipam.org.br/35-do-desmatamento-na-amazonia-e-grilagem-indica-analise-do-ipam/ Die Ergebnisse der Untersuchungen von IPAM sind inzwischen auch in einer wissenschaftlichen Publikation zusammengefasst: https://ipam.org.br/wp-content/uploads/2020/06/lawless-land-in-no-man-s-land.pdf

37 https://www.youtube.cohttps://ipam.org.br/wp-content/uploads/2020/06/lawless-land-in-no-man-s-land.pdfm/watch?v=-mcTv-FXIbA

38 Diese Befund wurden durch eine weitere Untersuchung im Jahre 2020 bestätigt. http://www.observatoriodoclima.eco.br/desmate-por-grilagem-explode-e-pode-alimentar-temporada-de-fogo-na-amazonia/ Berücksichtigt man auch die Entwaldung in Schutzgebieten, dann findet 50% der Entwaldung auf Land statt, das in öffentlicher Hand (terras publicas) ist.

39 https://ipam.org.br/cientistas-mapeiam-grilagem-em-florestas-publicas-na-amazonia/

40 https://noticias.uol.com.br/ultimas-noticias/deutschewelle/2020/06/24/a-dimensao-da-grilagem-em-florestas-publicas-na-amazonia.htm

41 https://www.ecodebate.com.br/2020/06/10/grilagem-mpf-identifica-quase-10-mil-registros-de-proprietarios-privados-em-areas-destinadas-a-povos-indigenas/ siehe auch: https://deolhonosruralistas.com.br/2020/10/27/terras-em-297-areas-indigenas-estao-cadastradas-em-nome-de-milhares-de-fazendeiros/

In Gegenden, in denen Besitzverhältnisse klar geregelt sind, kann CAR durchaus ein sinnvolles Instrument sein. Aber in Amazonien haben sich die Fälle, in denen CAR mit dem Versuch der *Grilagem* verbunden ist, dermaßen gehäuft, dass die Gefahr, die von CAR ausgeht, nicht mehr übersehen werden kann. Nichtsdestotrotz wird CAR von der deutschen EZ leider (weiterhin) massiv gefördert – von den damit verbundenen Problemlagen und der darauf bezogenen Kritik will sie anscheinend nichts wissen. Immer wieder wird darauf verwiesen, dass durch Überprüfung illegale CARs einkassiert werden müssten, aber offensichtlich funktioniert diese Überprüfung nicht hinreichend.

Im Rahmen einer parlamentarischen Anfrage der Grünen zur aktuellen Lage in Brasilien wurde auch nach CAR und Landraub gefragt: Frage: „Inwiefern teilt die Bundesregierung die Kritik am Umweltkataster CAR (Cadastro Ambiental Rural), dieses würde zu einer vermehrten Anerkennung von Landtiteln illegal angeeigneten Landes führen?“ Antwort: „Das Umweltkataster Cadastro Ambiental Rural (CAR) verknüpft Umwelt- mit Landregulierungspolitik. Es erhöht die Verantwortung der privaten Landbesitzer für den Erhalt des Tropenwaldes und macht Fehlverhalten transparent. Unabhängige Untersuchungen beziffern die durch CAR verhinderte Entwaldung im Zeitraum 2014 bis 2018 mit einer Fläche von 8.571 km².“[42]

Nun, danach war aber gar nicht gefragt worden: die Frage nach illegaler Landnahme übergeht Bundesregierung einfach. Tatsächlich stützt sich die Angabe zur Verminderung der Entwaldung auf eine einzige Studie. Diese konstatiert in einer ausgewählten Region, dass die Entwaldung auf Flächen, die via CAR registriert wurden, geringer ist als auf solchen, wo dies nicht erfolgte. Das kann nicht überraschen, derweil in den Gebieten, in denen offensichtlich gegen die Bestimmungen des Waldgesetzes verstoßen und mehr als 20 Prozent entwaldet wird, der Anreiz, ein CAR zu registrieren, nicht gegeben ist. In zahlreichen Dialogen haben NGOs aus Brasilien auf die Gefahren durch CAR und die besondere Verantwortung der EZ hingewiesen. Leider bisher ohne sichtbaren Erfolg.

Lei da grilagem - Das Gesetz des Landraubes

Der offizielle Name lautete zu Beginn *Medida Provisória n.º 910/2019* *, gewann aber bald einen Spitznamen, der zeigt, worum es geht. Es geht um die „Regulierung“ von *„terras nao destinadas“* durch die Anerkennung von Besitzrechten, indem Landtitel verteilt werden. Kritisiert werden vor allem zwei Bestimmungen:

- Eine Fläche bis zu 1500 Hektar soll ohne eine Überprüfung vor Ort (*vistoria*) tituliert werden können.
- Der Zeitpunkt von Landbesetzungen, für die eine rückwirkende Regulierung möglich sein soll, wurde von Juli 2008 auf Mai 2014 ausgedehnt.

Das Gesetz würde damit nicht nur die rückwirkende Legalisierung von Landraub erleichtern, sondern auch neue Landnahmen begünstigen. Diese Konsequenzen des Gesetzes führten zu heftigen Protesten in Brasilien und in Europa. Sogar der brasilianische Superstar, die Sängerin Anitta, sprach sich gegen das Vorhaben aus.

Das Gesetz beruht auf einer brasilianischen Rechtstradition, die die Legalisierung von Landbesetzungen ermöglicht, wenn diese friedlich sind und keine Rechte anderer (etwa die indigener Völker) verletzen. Die Figur des *„posseiros“* war aber immer auf (landlose) Kleinbäuerinnen und Kleinbauern bezogen, in Amazonien fallen immerhin bis zu 400 Hektar Land (vier sogenannte fiskalische Einheiten, die in den meisten Regionen Amazoniens 100 Hektar betragen) in diese Kategorie. Sprich, für die Regulierung der als legitim angesehenen Ansprüche von *posseiros* bedurfte es keiner neuen rechtlichen Basis. Im Kern geht es darum, die Figur des *posseiros* mit der des *grileiros* zu vermischen, um so Landraub zu legitimieren.

Glücklicherweise kam es nie zur Abstimmung über dieses Gesetzesvorhaben. Dies lag unter anderem an dem Präsidenten des Parlaments, Rodrigo Maia, der es so lange nicht auf die Tagesordnung setzte, bis die Frist zur Abstimmung vorbei war. Das Beispiel zeigt, dass öffentliche Proteste zwar nicht die Positionen der brasilianischen Regierung beeinflussen können, aber vielleicht doch die von Abgeordneten und den parlamentarischen Widerstand gegen einzelne Maßnahmen der Regierung stärken können. Die Regierung Bolsonaro kommt nicht mit allem durch, was sie plant - zumindest vorläufig nicht. Denn die *medida provisoria* ist nun als Gesetzesvorhaben 2633/20 wiederauferstanden. Allerdings ist der Abstimmungsprozess für ein Gesetzesvorhaben komplizierter als für eine *medida provsoria*: So wurde zumindest Zeit gewonnen.

* Anmerkung: Eine *medida provisoria* ist ein zeitlich begrenzter Erlass des Präsidenten, der Gesetzeskraft hat. Er muss aber nach eine bestimmten Frist durch das Parlament bestätigt werden.

42 https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/223/1922357.pdf, S. 14

3. WIDERSTAND UND PERSPEKTIVEN

Das Situation ist dramatisch, da gibt es nichts zu beschönigen oder zu relativieren. Dennoch sollten Entwicklungen nicht übersehen werden, die Hoffnungen weiterleben lassen. Trotz aller Repression und der durch Covid-19 erschwerten Lage ist der Widerstand in Brasilien nicht tot. Dies liegt auch daran, dass die nationale Regierung unter Präsident Bolsonaro natürlich ein ganz zentraler Akteur ist, aber eben doch nicht der einzige. Insgesamt ist die Lage unübersichtlicher und widerspruchsvoller als es Bolsonaro lieb sein kann. Wie schon dargelegt, haben sich an einigen wichtigen Punkten Parlament und Justiz nicht dem Willen des Präsidenten gebeugt. Ein wichtiges Beispiel ist die einstimmige Entscheidung des obersten Gerichtshofes (STF) zugunsten eines Antrages der Vereinigung der indigenen Völker Brasiliens (*Articulação dos Povos Indígenas do Brasil* - APIB), das die Regierung verpflichtet, besondere Maßnahmen zum Schutz der indigenen Völker gegen COVID-19 zu treffen. [43]

Auch nach zwei Jahren Bolsonaro ist die Widerstand der indigenen Volker und traditionellen Gemeinschaften, insbesondere der Quilombolas, lebendig und kann im Zusammenspiel von Mobilisierung und juristischer Auseinandersetzung durchaus einzelne Erfolge erzielen. Auch NGOs, die in Amazonien in der Unterstützung sozialer Bewegungen arbeiten, wie ISA (*Instituto Socialmbiental*), FASE oder Terra de Direitos, werden zwar in ihre Arbeit behindert, aber sie bleiben weiterhin aktiv.

Nicht homogen ist auch die politische Landschaft in Amazonien. So regiert im bevölkerungsreichsten Bundesstaat Amazoniens, Pará, mit Helder Brabalho ein Politker, der aus dem Lager der alten politischen Eliten stammt und sich bei seiner Wahl deutlich von Bolsonaro absetzte. Er wurde im zweiten Wahlgang von der PT unterstützt, die auch in der Regierung vertreten ist. Im Staat Maranhão regiert mit Flávio Dino ein Gouverneur der PCdoB, der als Mitglied einer sich noch kommunistisch nennenden Partei zur Opposition zur Bolsonaro Regierung zählt. Besonders bemerkenswert aber ist der Wahlsieg von Edmilson Rodrigues als Kandidat der linken PSOL in Belém, der neben Manaus einzigen Millionenstadt im Amazonasgebiet. Es war der einzige Sieg eines linken Kandidaten in einer Hauptstadt bei den Kommunalwahlen 2020.
Die Situation in Amazonien ist also durch Widersprüchlichkeit gekennzeichnet. Zwar sind die Auswirkungen der Politik Bolsonaros gravierend - wie nicht zuletzt die steigenden Entwaldungsraten zeigen. Aber es ist der Bundesregierung nicht gelungen, den Widerstand zu eliminieren, das Justizsystem zu beherrschen oder eine politische Monokultur zu etablieren.

Die sozialen Bewegungen Amazoniens haben schon seit einigen Jahren die Perspektive „Verteidigung der Territorien" in das Zentrum ihrer strategischen Positionierung gestellt. Territorien werden dabei nicht als geographischer Raum gesehen, sondern als komplexe soziale, ökonomische und kulturelle Konstruktion jenseits der kapitalistischen Verwertungslogik. Diese Territorien sind ja nicht erst durch die Regierung Bolsonaro bedroht, sondern schon seit langem durch die Ausbreitung der großflächigen Landwirtschaft und Viehzucht, durch Großprojekte und Bergbau. Das riesige Netzwerk dieser Territorien, das etwa die Hälfte der Fläche Amazoniens ausmacht (indigen Territorien und Schutzgebiete zusammengenommen), muss der Ausgangspunkt jeglicher Alternativen zu der voranschreitenden Zerstörung sein. Zentrale Perspektive ist es dabei, die (territorialen) Rechte der lokalen Bevölkerung zu garantieren.

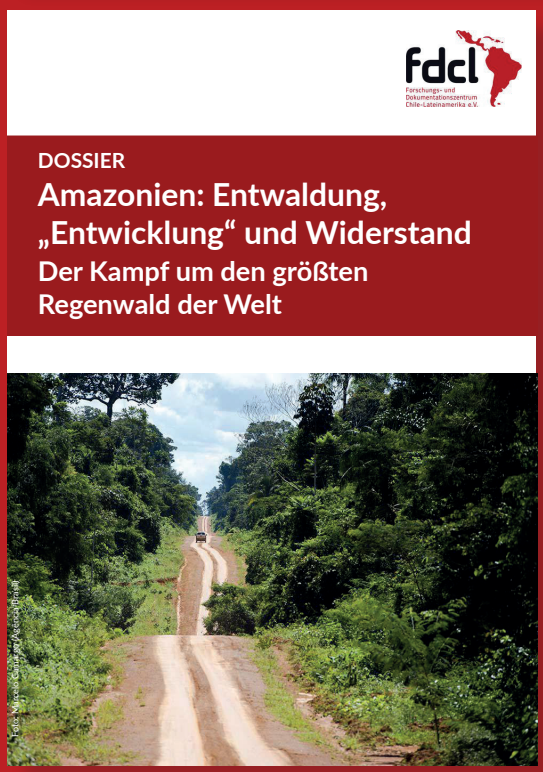
43 https://apiboficial.org/2020/08/05/vitoria-da-apib-e-dos-povos-indigenas-no-stf/

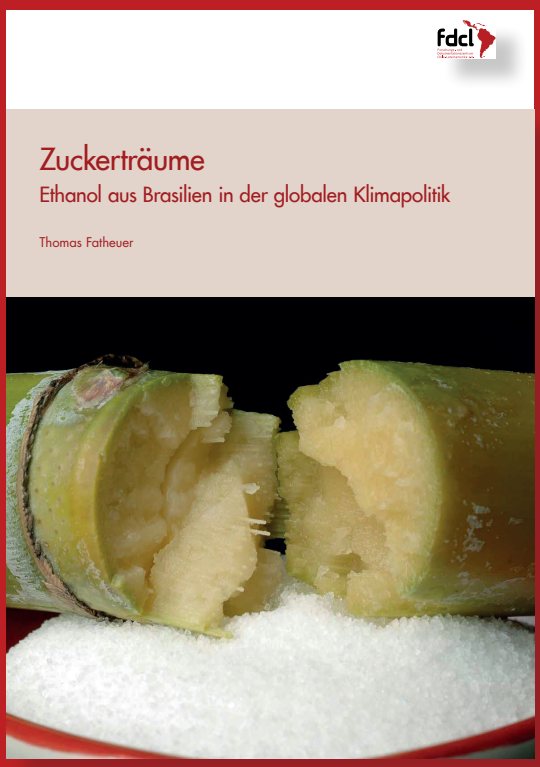
Dies sollte auch für die internationale Solidarität und Entwicklungszusammenarbeit (EZ) gelten. Die EZ hat seit den neunziger Jahren die Ausweitung von indigenen Territorien und Schutzgebieten unterstützt. Dies ist mit der Perspektive der Verteidigung der Territorien vereinbar. Dieser Weg ist heute weitgehend aufgegeben worden. Dies liegt nicht nur an der mangelnden Kooperationsmöglichkeit mit der Regierung Bolsonaro, sondern auch an Änderungen in der Ausrichtung der deutschen EZ, insbesondere in der problematischen Hinwendung zu entwaldungsfreien Lieferketten. Diese können zwar – im besten Fall – garantieren, dass kein Fleisch aus jüngst entwaldeten Gebieten auf deutschen Grills landet, aber dies hat keinen oder nur sehr begrenzten Einfluss auf die Dynamik der Landnahme in Amazonien. Denn Märkte für Fleisch, sei es nun zertifiziert oder nicht, gibt es auf dem globalen Markt genug. Es ist eine europäische Illusion zu meinen, das globale Problem der Zerstörung Amazoniens ließe sich über Handelsabkommen mit der Region lösen. Vielmehr sind Handelsabkommen in ihrer bisherigen Ausrichtung eher ein Treiber für die Verschärfung der bestehenden Problemlagen. Daher war es ein Schock, als die EU 2019 das Handelsabkommen mit dem Mercosur unterzeichnete. Mit seiner Ausweitung der Exportquoten für brasilianisches Rindfleisch und Ethanol (aus Zuckerrohr) setzte dieses Abkommen in Zeiten steigender Entwaldung ein fatales Zeichen und bedeutet eine skandalöse Aufwertung der Regierung Bolsonaro. Während Überlegungen, wie etwa zu einem Boykott brasilianischer Produkte aufzurufen, nicht weitergekommen sind, hat sich nun sowohl in Europa wie in Brasilien (und den andern Länder des Mercosur) eine Kampagne gegen die Ratifizierung des Abkommens formiert. Sie ist ein hoffnungsvolles Beispiel für internationale Solidarität und ein guter Ansatzpunkt, die Politik der Regierung Bolsonaros zu skandalisieren und europäische Mitverantwortung etwa durch den Import von Soja und den Export von Agrargiften zu thematisieren.
Zentrale Perspektive im Kampfe gegen die Politik Bolsonaro sollte aber die Unterstützung der sozialen Bewegung in Brasilien und Amazoniens sein. Hier leisten die kirchlichen Hilfswerke wie Misereor und Brot für die Welt aber auch kleinere Organisationen wie die Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt wichtige Arbeit, die verstärkt unterstützt werden muss. Deutsche EZ sollte nicht auf die Vernunft des Agrobusiness setzten, sondern Möglichkeiten ausloten, Zivilgesellschaft zu unterstützen, rechtsstaatliche Strukturen zu stärken und noch existierende Freiräume in der Kooperation mit wissenschaftlichen Institutionen zu nutzen.

Und es bleibt die Frage, ob internationaler Druck die Regierung Bolsonaro überhaupt beeinflussen kann. Kritisiert und demaskiert wird sie jedenfalls genug. In der deutschen Öffentlichkeit finden sich kaum noch positive Bewertungen. Dabei sollte aber nicht übersehen werden, dass hierzulande zahlreiche Vertreter*innen der Wirtschaft der von „Superminister“ Guedes ins Werk gesetzten neoliberalen Wirtschaftspolitik der amtierenden brasilianischen Regierung weiterhin durchaus positiv gegenüber steht. Eine internationale Verurteilung von Bolsonaro hat jedenfalls offensichtlich keine Wirkung, solange es sich um wohlfeile Rhetorik ohne konkrete praktische Konsequenzen handelt.

WEITERE INFORMATIONEN UND PUBLIKATIONEN

Im Internet unter
www.fdcl.org





Herausgegeben von:
Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika e. V. – FDCL
Gneisenaustraße 2a, D -10961 Berlin
Fon: +49 30 693 40 29 | E-Mail: info@fdcl.org
Internet: www.fdcl.org

Amazonien und die Regierung Bolsonaro – Zerstörung und Widerstand
Thomas Fatheuer | FDCL | Berlin, 2020
ISBN: 978-3-923020-96-6

fdcl
Forschungs-und
Dokumentationszentrum
Chile- Lateinamerika e.V.